

Kirchen im Visier von Mugabes Wahlstrategie

„Was derzeit mit der anglikanischen Kirche passiert, ist Teil eines großen Plans – morgen kann es eine andere Kirche treffen! “

Rev. Dr. Solomon Zwana (ZCC)

Kunonga und die anglikanische Kirche

Seit 2007 wird die Anglikanische Kirche in Simbabwe durch die Polizei schikaniert, ihre Angestellten und Würdenträger verfolgt, belästigt und unter falschen Anschuldigungen vor Gericht gezerrt. Per Gerichtsbeschluss wird der Kirche ihr Besitz aberkannt, der Zugang zu ihren Schulen, Krankenhäusern, Missionsstationen und nicht zuletzt zu ihren Kirchen verwehrt. Auch befreundete Gemeinden, die den anglikanischen Gemeindegliedern Unterschlupf in ihren Kirchen gewährt haben, müssen mit Übergriffen der Polizei rechnen.

Eine bizarre Situation. Der 2008 exkommunizierte Bischof Nobert Kunonga hat mit Rücken- deckung seines Parteifreundes Mugabe über die Gerichte erreicht, dass der gesamte Besitz der anglikanischen Kirche in der Diözese Harare an ihn übergeht. Nun hat er zwar die Gebäude und wird von staatlicher Seite als Bischof anerkannt, die Menschen folgen ihm deshalb aber noch lange nicht!

Der von der internationalen Anglikanischen Kirchengemeinschaft anerkannte Bischof von Harare hingegen ist Rev. Dr. Chad Nicolas Gandiya, der in einem bescheidenen Haus am Rande von Harare sein Büro hat und uns während unserer Dienstreise empfängt.

Angeblicher Auslöser für die gerichtliche Aberkennung des Besitzes war die Beschuldigung, dass die die Anglikanische Kirche die Homosexuelle Bewegung unterstützen würde - homosexuelle Handlungen sind in Simbabwe seit 2006 strafbar. Außerdem würde die Kirche mit der Opposition sympathisieren und sich für einen Regierungswechsel (das simbabwische Unwort dazu lautet *regime change*) einsetzen. Bischof Gandiya weist diese Vorwürfe vehement zurück: „We minister to all people and politics is not preached in our churches.“ Derzeit liegen fast alle Fälle wieder vor Gericht. Der Besuch des Erzbischofs von Canterbury als Oberhaupt der weltweiten Anglikanischen Kirchengemeinschaft in Simbabwe und bei Mugabe hat wohl mit dazu beigetragen, dass einige Gerichtsbeschlüsse vom Obersten Gericht revidiert wurden. Die meisten Verfahren hängen aber noch in der Schwebe.

Apostolische Kirchen

Aber die anglikanische Kirche ist nicht die einzige, die von der ZANU-PF umworben wird. Vor allem die apostolischen Kirchen sind in den Blick der Machthabenden geraten. Mugabe scheint das Kirchenvolk als Wahlvolk zu entdecken, ihre Stärke, ihre Zahlen wahrzunehmen

und für sich gewinnen zu wollen. Das ist besonders wichtig vor den nächsten Wahlen, denn auf dem Land hat die ZANU ihr Monopol aufgrund ihrer Verdienste um die Befreiung Simbawes längst verloren.

Die einheimischen apostolischen Kirchen sind sehr basisnah und ihre Mitgliedszahl wird auf etwa eine Million geschätzt. Sie werden oft auch als indigene simbabwische Kirchen bezeichnet, die nicht in Verdacht stehen, von außen, den verhassten Kolonialherren, finanziert und gelenkt zu werden.

Seit etwa zwei Jahren werden immer wieder Gemeindemitglieder, die zur MDC gehören, aus den Gemeinden geworfen und Geistliche, die sich weigern, das Regime zu unterstützen, ermordet. In einigen Gemeinden wird Mugabe sogar als Erzengel Gabriel und von Gott gesalbter Herrscher Afrikas bezeichnet.

Die Rolle des Kirchenrates

Auch wenn Sprecher der ZANU-PF den Kirchen immer wieder vorwerfen, sich der Opposition anzuschließen, bestehen die traditionellen Kirchen nach wie vor auf ihre parteipolitisch unabhängige Linie. Auch wenn es in Simbabwe einer Gratwanderung zwischen parteipolitisch und unparteiisch zu sein scheint, ist dies grundsätzlich zu begrüßen. Unparteiisch können sie Gewalt anprangern, sich für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen und den Opfern zur Seite stehen. Das müssen sie aber in aller Deutlichkeit und zum richtigen Zeitpunkt tun. Der Simbabwische Kirchenrat ZCC hatte es im Fall der anglikanischen Kirche mit stiller Diplomatie versucht und ist gescheitert. Trotzdem gab es bisher keine offiziellen Stellungnahmen. Generell gilt: Die Kirchen müssen das politische Gewicht, das sich auch aus ihrer Mitgliederzahlen ergibt, wahrnehmen, analysieren und kanalisieren. Sie dürfen das Feld nicht den Parteien überlassen.